



Niederschrift der 17. Ratssitzung

Ort, Raum: Zweifelder-Sporthalle Riestedt, Am Festplatz, 06526 Sangerhausen

Datum: 06.05.2021

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 19:20 Uhr

Anwesenheit:

Oberbürgermeister

Herr Sven Strauß

Fraktionsmitglied CDU

Herr Thomas Klaube ab 16:14 Uhr

Herr Volker Schachtel

Herr Holger Scholz

Herr Andreas Skrypek

Frau Regina Stahlhacke

Herr Frank Wedekind

Herr Reinhard Windolph

Fraktionsmitglied BOS/FDP/BV

Herr Harald Oster ab 16:54 Uhr

Frau Monika Rauhut

Herr Tim Schultze

Herr Gerhard von Dehn-Rotfelser

Herr Torsten Wagner ab 16:02 Uhr

Fraktionsmitglied DIE LINKE.

Herr Holger Hüttel

Herr Stefan Klaube bis 18:20 Uhr

Herr Klaus Kotzur

Frau Sabine Künzel ab 16:02 Uhr

Frau Karoline Spröte bis 18:20 Uhr

Fraktionsmitglied B.I.S.

Herr Harald Koch

Frau Gesine Liesong

Frau Käthe Milus

Herr Klaus Peche

Fraktionsmitglied SPD/DIE GRÜNEN

Herr Norbert Jung

ab 16:10 Uhr

Herr Arndt Kemesies

Herr Helmut Schmidt

Fraktionsmitglied AfD

Herr Andreas Gehlmann

Herr Nico Siefke

Herr Martin Thunert

Herr Andreas Wunderlich

Ortsbürgermeister

Herr Daniel Maertens

Sachkundige Einwohner/in

Herr Günther Wagner

Herr Peter Dietrich

Alexander Dobert

Uwe Görlich

Rudolf Henkner

Fachbereichsleiter

Frau Maria Diebes

Herr Udo Michael

Herr Jens Schuster

Protokollführer/-in

Frau Madeleine Schneegaß

Abwesend:

Fraktionsmitglied CDU

Herr Frank Schmiedl entschuldigt

Fraktionsmitglied BOS/FDP/BV

Herr Karsten Pille entschuldigt

Fraktionsmitglied B.I.S.

Herr André Reick entschuldigt

Fraktionsmitglied SPD/DIE GRÜNEN

Herr Eberhard Nothmann entschuldigt

Frau Kati Völkel entschuldigt

Fraktionsmitglied AfD

Frau Ellen Siefke entschuldigt

Tagesordnung gemäß Einladung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der 16. Ratssitzung vom 18.03.2021
4. Bericht des Oberbürgermeisters
5. Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung
 - 6.1. Beschluss über die Bestätigung des Jahresabschlusses der Stadt Sangerhausen zum 31.12.2014 und die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2014
 - 6.2. Ermächtigung des Oberbürgermeisters zur Einlegung eines Rechtsmittels gegen die Festsetzung der Kreisumlage 2021
 - 6.3. Beschluss zur Auslegung des Sportentwicklungskonzeptes der Stadt Sangerhausen - Beginn des offiziellen Beteiligungsverfahrens
 - 6.4. Entwidmung einer Teilfläche auf dem Friedhof Wolfsberg
 - 6.5. Antrag zur Beschäftigung eines City Managers zur Ausschöpfung der Potentiale der Sangerhäuser Innenstadt
 - 6.6. Beschluss der Teilfortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) 2020
 - 6.7. Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 14 Gewerbegebiet "Am Grabenweg" der Stadt Sangerhausen

- 6.8. Festlegung des Fördergebietes Lebendige Zentren "Altstadtkern" in der Städtebauförderung
- 6.9. Ermittlungersuchen an die Staatsanwaltschaft
- 7. Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung
- 7.1. Bericht der Stadt Sangerhausen über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 26 Abs. 1 KomHVO LSA - Stand 31.12.2020
- 8. Beratungsgegenstände in nicht öffentlicher Sitzung
- 8.1. Vorberatung von Beschlussvorlagen zur Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz (ohne Beschlussvorlage)
- 9. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Protokolltext:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, eröffnet die 17. Stadtratssitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, sachkundige Einwohner, Ortsbürgermeister und ihre Stellvertreter, die Mitarbeiter der Verwaltung und Bürger, Gäste und Einwohner der Stadt Sangerhausen.

Ladefrist: Die reguläre Ladefrist (10 Kalendertage) wurde eingehalten. Die Einladung sowie die Verhandlungsgegenstände wurden ordnungsgemäß versendet.

Beschlussfähigkeit: Der Stadtrat ist beschlussfähig. 24 Ratsmitglieder sind anwesend.

Öffentlichkeit: Alle TOP 1. bis 7.1 und TOP 9. werden in öffentlicher Sitzung behandelt. Die TOP 8 bis 8.1 werden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Andreas Skrypek, stellte die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

Frau Künzel und Herr Wagner kommen zur Sitzung 16:02 Uhr = 26 Anwesende

TOP 2 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Liesong bittet darum, dass jeder laut, deutlich und langsam spreche. Es sei sonst unverständlich für sie in dieser Situation.

Herr Schmidt führt aus, dass morgen die 89. Verbandsversammlung des Wasserverbandes Südharz sei. U. a. sei unter TOP 12.1 im öffentlichen Teil der Beschluss über den öffentlich-rechtlichen Vertrag mit der Stadt Sangerhausen (Vernässung Riestedt) mit enthalten. Er bittet darum, dieses Problem heute auch im öffentlichen Teil zu diskutieren.

Herr Skrypek wertet es als Information.

Abstimmung über die Tagesordnung

Ja-Stimmen = 26
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Die Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Geburtstag:

Herr Skrypek gratulierte im Namen des Stadtrates, Herrn Frank Wedekind zum 40. Geburtstag.

Herr Strauß gratulierte ebenfalls und überreichte ein kleines Präsent (Anstecknadel Wappen).

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der 16. Ratssitzung vom 18.03.2021

Die Niederschrift wurde am 29.04.2021 versandt bzw. veröffentlicht.

Abstimmung über die Niederschrift

Ja-Stimmen = 24
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Die Niederschrift der 16. Ratssitzung vom 18.03.2021 wurde mehrheitlich bestätigt.

TOP 4 Bericht des Oberbürgermeisters

Der Bericht wurde vor der Sitzung verteilt bzw. veröffentlicht.

*Herr Jung kommt zur Sitzung 16:10 Uhr = 27 Anwesende
Herr Klaube, Thomas kommt zur Sitzung 16:14 Uhr = 28 Anwesende*

TOP 5 Anfragen und Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Herr Koch fragt beim Stadtratsvorsitzenden bezüglich des Schreibens vom 14.04.2021 an, wie weit die Vorbereitungen dazu seien. Die Fraktion DIE LINKE. und B.I.S. haben beantragt, das Thema Nachtragshaushaltssatzung 2021 auf die Tagesordnung der übernächsten Stadtratssitzung (15.07.2021) setzen zu lassen.

Weiterhin fragt er zum Thema Sanierung Stadtbad Sangerhausen: Am 22.08.2019 habe man dazu 2 Beschlüsse gefasst. Er fragt beim Oberbürgermeister nach dem Stand der Abarbeitung und ob er abschätzen könne, wann der Stadtrat über die endgültige Entscheidung berate.

Herr Skrypek gibt die Anfrage bezüglich des Nachtragshaushaltes an die Verwaltung ab.

Herr Strauß sagt, dass entsprechend des Antrages der Entwurf des Nachtragshaushaltes 2021 auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung kommen werde.

Bezüglich der Stadtbadsanierung sei man im Verlauf leider noch nicht ganz so weit. Man habe seitens der zuständigen Bewilligungsbehörde bis jetzt noch keinen endgültigen Bewilligungsbescheid übersandt bekommen. Aktuell laufe die Ausschreibung der Planungsleistungen. Ende Juni 2021 rechne man damit, den Auftrag vergeben zu können.

Herr Koch fragt, ob der Oberbürgermeister abschätzen könne, wann der Stadtrat über die endgültige Entscheidung befinden könne. Es sei ja nur ein Vorschlag, welcher durch die Planer gefunden werde. Nur entsprechend der Beschlussfassung vom 22.08.2019 entscheide der Stadtrat über die endgültige Lösung. Er fragt nochmals, ob es in diesem Jahr oder erst im nächsten Jahr begonnen werde.

Frau Diebes meint, dass in der ersten Jahreshälfte 2021 man fest vorhabe, den Auftrag an den Planer zu erteilen. Es haben dann im Anschluss diverse Untersuchungen (Vermessungen, Gutachten etc.) statt zu finden. Sie vermutet, dass man gegen Ende des Jahres 2021 erste Entwürfe dem Stadtrat zeigen könne.

Herr Schmidt bezieht sich auf den Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“. Die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine und die Gewerbetreibenden von Riestedt bemühen sich, dass das was sie geschaffen hätten, erhalten und verbessert werde. Er hatte am 29.04.2021 ein Gespräch mit der Sparkasse. Es wurde ihm mitgeteilt, dass der Geldautomat in Riestedt geschlossen werde. Es wurden ihm Termine genannt, welche am Ende nicht eingehalten worden seien. Plötzlich kam die Mitteilung, dass die Einrichtung schon im Mai schließe. Die Absprache war aber Juni, damit sie im Ort noch Zeit hätten, zu reagieren. Der Grund der Schließung sei die Technik. Man müsse neue Software einbauen und dies sei in Riestedt nicht mehr möglich. Für ihn unverständlich und sehr traurig. Ein Aushang befindet sich bereits am Standort: *Dieser SB-Standort stehe ihnen ab 17.05.2021 nicht mehr zur Verfügung. Nutzen Sie die umliegenden Geldautomaten in Sangerhausen und in Wimmelburg.* Die Bürgerinnen und Bürger aus Riestedt und Umgebung können dies nicht nachvollziehen. Gerade dieser Geldautomat weise eine hohe Kundenfrequenz auf. Alle Nutzer umliegender Orte kämen nach Riestedt. Sehr viele Bürgerinnen und Bürger stehen hinter dem Ortsbürgermeister und wollen den Automaten erhalten. Er hoffe nun auch auf Unterstützung seitens der Stadt Sangerhausen. Es müsse sehr schnell reagiert werden und er hoffe auf Hilfe.

TOP 6 Beratungsgegenstände in öffentlicher Sitzung

TOP 6.1 Beschluss über die Bestätigung des Jahresabschlusses der Stadt Sangerhausen zum 31.12.2014 und die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2014 Vorlage: BV/176/2021

Begründung: Herr Schuster

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen bestätigt den beigefügten Jahresabschluss zum 31.12.2014 der Stadt Sangerhausen und erteilt dem Oberbürgermeister die Entlastung für das Haushaltsjahr 2014.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 26
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 2

Beschluss- Nr.: 1-17/21

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 1-17/21** registriert.

**TOP 6.2 Ermächtigung des Oberbürgermeisters zur Einlegung eines Rechtsmittels gegen die Festsetzung der Kreisumlage 2021
Vorlage: BV/180/2021**

Begründung: Herr Schuster

Herr Schuster möchte den Beschlusstext wie folgt ergänzen: Mit der Vertretung der Stadt Sangerhausen im Verfahren wird weiterhin Herr Prof. Dr. Dombert beauftragt.

Grund: In Bezug auf die Kreisumlage 2021 hat er bereits das Mandat der Stadt Hettstedt und Seegebiet Mansfelder Land. Aktuell laufen weitere Gespräche, so dass sich dieser Kreis erhöhen werde. Herr Prof. Dombert würde mit der Klage kurzfristig die Möglichkeit haben, umgehend die Vorlage der Verwaltungsvorgänge zu fordern, um Akteneinsicht zu nehmen und würde in einem ersten Verfahren die Erfolgsaussichten der Klage prüfen. Im Anschluss würde er eine entsprechende Empfehlung geben und die Kosten durch alle klagebeteiligten Kommunen teilen.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung zu.

Stellungnahme des Finanzausschusses, Stadtrat Herr Schultze, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 7 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Herr Koch bittet Herrn Schuster nochmals, die Ergänzung des Beschlusstextes zu wiederholen.

Herr Schuster wiederholt: Mit der Vertretung der Stadt Sangerhausen im Verfahren wird weiterhin Herr Prof. Dr. Dombert beauftragt.

Herr Koch sagt, dass das Wort „ermächtigt“ für ihn Spielräume für den Oberbürgermeister offen lasse. Seines Erachtens sollte „beauftragt“ stehen, also der Oberbürgermeister werde beauftragt, gegen den Bescheid usw. Wenn jemand dies juristisch einordnen könne, könne er es ihm gern beantworten.

Herr Schuster antwortet, dass man diese Formulierungen aus den letzten Vorlagen kenne. Mit den Anliegen vom Stadtrat, die Ermächtigung zu bekommen sei wie die Beauftragung. Er sehe hier keinen fachlichen Unterschied.

Herr Peche meint, dass man sich seit 2016 mit diesem Problem (Klage) beschäftige. Seit 2016 fordere man einen runden Tisch - Kommunalfinzen. Man stelle immer wieder fest, dass der Landkreis auf die Forderungen des Stadtrates überhaupt nicht eingehe. In keiner Art und Weise auch nur versucht, mit uns zusammen einen besseren Finanzausgleich, nicht nur für die Kommunen, sondern auch für den Landkreis hinzubekommen und an den richtigen Stellen etwas zu unternehmen. Es wäre fatal, heute den Beschluss weiter zu klagen, nicht zu fassen. Wenn man sich die bereits ausgegebenen Summen anschau, sei es seitens des Landkreises noch unverständlicher. Man habe mehrfach versucht, mit der Landrätin in Kontakt zu treten – er fühle sich fast entmündigt. Er habe die Befürchtung, dass der Landkreis weiterhin, trotz intensiver Hinweise und Rechtsmängel, nicht von seinem Weg abweiche. Er versuche nur, sich das Geld von den Kommunen zu holen und nicht auf einer anderen Art gemeinsam mit dem Stadtrat das Problem anzugehen. Sie möchten gern den runden Tisch – Kommunalfinzen. Man brauche sich nicht wundern, was an einigen Stellen in Sangerhausen losgehe. Unzufriedenheit in der Bevölkerung – immer mehr Menschen versuchen ein Ventil zu bekommen - man gehe wieder auf die Straße. Man entwerte die Demokratie damit, dass man nicht miteinander spreche. Es komme nun wieder seitens seiner Fraktion B.I.S. die Forderung, sich zusammen zu setzen, um gemeinsam zu reden. Dann brauche man vielleicht nicht so viel Geld für Klagen auszugeben.

Herr Hüttel meint, man rede wieder über 200.000 EUR. Seit 2016 bestehe dieses Problem. Er glaubt, dass weit über eine halbe Million EUR nur alleine die Stadt Sangerhausen an Gerichtskosten zu tragen hatte. Man habe am Ende nichts erreicht. Wenn er heute höre, das auch Hettstedt, Seegebiet Mansfelder Land, Eisleben usw. auch klagen werden, sei man am Ende bei einer Klagesumme von ca. 60 Mill EUR (+). Er möchte sich gar nicht ausrechnen, welche Kosten für Anwaltsbüros und Gerichte auf uns zukommen werden. Ohne das eine müde Mark in die kommunale Familie fließe. Es liege nicht nur allein am Landkreis. Das Hauptproblem liege beim Land. Aktuell habe man das KVG. Er sei jetzt populistisch, denn hätte man 20.000 EUR eingestellt, um Landrat Schröder zu verhindern, welcher das Gesetz auf den Weg gebracht habe, hätte man eine große Mehrheit bekommen. Konnexitätsprinzip habe man auch in Sangerhausen. Nicht alle Kosten werden vom Land oder vom Bund ersetzt, auch der Landkreis habe das gleiche Problem. Das System bringe uns dazu. Die Liquiditätshilfen oder die Bedarfszuweisungen dürfe kein Landkreis bekommen, sondern nur die Kommunen. Man müsse mehr über den Tellerrand hinausschauen. Der Vorsitzende des Finanzausschusses vom Landkreis sei auch Stadtratsvorsitzender. Er frage sich, was mache man in diesem Finanzausschuss des Landkreises und warum sind noch nicht alle Kommunen zusammen gekommen, um eine Lösung zu finden. Er sehe im Moment kein Ende und sei gegen diese Klage.

Herr Skrypek bittet darum, Herrn Schröder nicht im Stadtrat vorzuführen. Es passe nicht in die Sitzung. Herr Schröder sei nicht allein im Landtag. Auch die Fraktion DIE LINKE. sei mit im Landtag.

Weiterhin nimmt er Bezug zum Vorsitz im Finanzausschuss des Landkreises. Wenn Herr Hüttel in den Sitzungen des Finanzausschusses dabei war, dann würde er auch wissen wie er dort agiert und gehandelt habe. Er habe den Einsatz eines Moderators an einem runden Tisch vorgeschlagen, so wie es Herr Peche gesagt habe, um miteinander ins Gespräch zu

kommen. Wenn man diesen nicht folge, könne er auch nichts dafür. Mehr wie reden könne man auch im Ausschuss nicht.

Herr Strauß ist ebenfalls der Meinung, dass es eine nicht zufriedenstellende Situation sei und dieses schon seit mindestens 5 Jahren. Die 7-jährige Amtszeit der derzeitigen Landrätin neigt sich dem Ende entgegen und man könne die Hoffnung haben, dass sich der neue Amtsinhaber dazu bereit erkläre, mit den Kommunen gemeinsam an einen Tisch zu setzen. Er gehe davon aus, dass die immensen Kosten, welche aufgelaufen seien, in erster Linie nur vorübergehend von der Stadt zu tragen seien, da diese eigentlich der Landkreis tragen müsse, weil die Stadt den Prozess gewinnen werde. Es sei Geld, welches teilweise in der Landeskasse und teilweise bei den Rechtsanwälten verschwinden werde. Er stelle sich aber bei der Darstellung von Herrn Hüttel die Frage, welche Alternative die Stadt nun habe. Sollte man in der jetzigen Situation, gerade wo ein Wechsel bevor stehe und wo einige Gemeinden sich der Klage anschließen werden, sagen, es könne wieder viel Geld kosten und man ziehe sich zurück. Dies könne doch keine Alternative sein. Gerade jetzt, bei der Solidarität der Kommunen untereinander, müsse man den Weg weiter gehen. Auch ihm sei es ein Anliegen, im nächsten Jahr nicht wieder gegen den Landkreis zwecks Erhebung Kreisumlage klagen zu müssen.

Weiterhin möchte er richtig stellen, dass Leistungen aus dem Ausgleichsstock (Liquiditätshilfe, Bedarfszuweisungen) an Landkreise gezahlt werden. Der Grund, warum der Landkreis Mansfeld-Südharz keine Leistungen aus dem Ausgleichsstock erhalte, sei der, dass er nach wie vor über Vermögen verfüge und dies auch ausweisen müsse. Er könne nachvollziehen, warum das Land so reagiere. Das angesprochene Vermögen sei der Zukunftsfond.

Herr Koch meint, dass der Stadtratsvorsitzende nicht das Recht habe, jemand zu kritisieren, welcher hier Namen nenne. Im Diskussionsbeitrag könne man dies zurückweisen, aber Herr Schröder sei eine öffentliche Person. Dieser war Finanzminister, sei im Landtag und trete jetzt als Landratskandidat an. Er habe hinsichtlich der Finanzausstattung der Kommunen unsere Interessen nicht vertreten. Im Gegenteil, er habe gegen unsere Interessen gesprochen. Seine Fraktion B.I.S. habe damals einen Antrag gestellt, welche fast einstimmig gefolgt wurde, weil sie Öffentlichkeit haben wollte. Sie wollten über einen runden Tisch – Kommunalfinanzen, diejenigen, welche Verantwortung dafür tragen, mit an diesen Tisch holen. Das wären das Land, die Vertretung des Landes, der Landtag und das zuständige Ministerium gemeinsam mit dem Landkreis. Er persönlich sei enttäuscht, dass die derzeitige Landrätin (Fraktion DIE LINKE.) diese Hand nicht angenommen habe. Gerade was die Kommunalfinanzen betreffe, habe die Fraktion DIE LINKE. auf Bundes- und Landesebene eine sehr offensive Position eingenommen. Aber auf kommunaler Ebene habe sie in Person versagt. Sie habe gegen die Stadt Sangerhausen im Kreistag abfällige Bemerkungen gemacht. Man müsse die Landratswahl nutzen und den nächsten Landrat gewinnen, um den runden Tisch endlich zu initiieren und Druck auf Landesebene zu machen, ansonsten erreiche man nichts.

Herr Kotzur sagt, die ganze kommunale Ebene – Städte, Gemeinden und die Landkreise - seien definitiv unterfinanziert. Das KVG bzw. das kommunale Finanzausgleichsgesetz tragen der Situation auf der kommunalen Ebene keinesfalls Rechnung. Dies habe man mit den ersten Klagen versucht, anzugreifen. Er habe 2017 der Klage in der Hoffnung zugestimmt, dass ein Gericht der Landesregierung ins Stammbuch schreibe „Ihr macht hier eine falsche kommunale Finanzausstattung.“ Das habe das Gericht nicht gemacht. Es wurden Formfehler kritisiert und die Stadt habe weiter geklagt. Es passierte nichts. Im Gegenteil, der Landtag habe das KVG nun so geändert, dass rückwirkend geheilt werden könne. Er ist überzeugt, dass nun auch mit dieser Klage nichts erreicht werde. Er fragt, wo der Städte- und Gemeindebund und wo der Landkreistag, welche die Stellungnahmen zu den entsprechenden Gesetzen abgeben, sei. Er fragt weiterhin wo die Vereinigungen seien, welche uns gegenüber dem Landtag vertreten sollen – wo sei eine Verfassungsklage. Es würde nichts passieren. Aus dieser Sicht sehe er ein Problem, dass man mit

der jetzt zu führenden Klage in irgendeiner Weise Erfolg haben werde. Es seien zahlreiche Klagen (landesweit / bundesweit) anhängig, aber es interessiere niemanden, wie auf der kommunalen Ebene die Finanzausstattung sei.

Demokratie erlebe der Bürger in der Kommune und wenn die Kommunen nicht vernünftig finanziell ausgestattet seien, dann funktionieren keine Demokratie und keine kommunale Selbstverwaltung. Er sehe hier den großen Widerspruch, dass man sich in eine Situation begeben, welche wieder zum gleichen Ergebnis führe. An der gesetzlichen Grundlage und an der Finanzausstattung werde sich aus seiner Sicht nichts ändern.

Er bittet ebenfalls darum, den Wahlkampf außen vor zu lassen.

Herr Oster kommt zur Sitzung 16:54 Uhr = 29 Anwesende

Herr Windolph sagt, man müsse sich dem Fakt stellen, dass die Finanzausstattung der Kommunen zu gering sei und die Entnahme des Landkreises durch die Kreisumlage zu hoch sei. Dies sei der einzige Punkt über den man zu entscheiden habe, denn dies sei die Aufgabe des Stadtrates und nicht welches Votum welcher Wähler wann wo abzugeben habe.

Herr Kemesies ist ebenfalls der Meinung, den Wahlkampf beiseite zu lassen. Er möchte zum Beschlusstext zurückkommen. Man habe einen Bescheid bekommen und dieser sei vermutlich nicht rechtlich konform. Das Verfahren der Kreisumlage sei nicht so gelaufen, wie es eigentlich gesetzlich vorgeschrieben sei. Damit gilt es, sich zu wehren. Den Rechtsbehelf, welchen man für die Stadt Sangerhausen und deren Bürger zur Verfügung habe, sollte man nutzen. Es gehe hier nicht darum, was Herr Schröder oder Frau Klein gesagt hätten. Für ihn gehe es um nichts anderes, als den Rechtsbehelf zu nutzen. Man habe den Weg begonnen zu gehen und diesen müsse man, seiner Ansicht nach auch weiter gehen, um zum Ziel zu kommen. Letztendlich, wenn viele Kommunen diesen Weg gingen, weil man gesehen habe, dass es rechtlich nicht in Ordnung sei, werde sich auch im Land früher oder später entsprechend etwas rühren.

Herr Hüttel bezieht sich auf die Aussage von Herrn Kemesies und fragt ihn, was sich getan habe. Man habe das KVG geändert, in dem man nicht mehr auf die Dinge, welches ein Gericht festlege, Rücksicht nehmen müsse und eine neue Abwägung mache. Unabhängig davon, habe die Abwägung nicht stattgefunden und man klage jetzt wieder. Weiterhin nimmt er Bezug auf Herrn Windolph. Man lebe nicht in einem leeren Raum. Er als Stadtratsmitglied versuche auch an die Anderen zu denken, auch an den Landkreis, obwohl er kein Kreistagsmitglied sei. Er versuche an das Land und an den Bund zu denken. Nur allein als Stadtrat zu entscheiden und nicht nach rechts und links zu schauen, sei nicht seine Ansicht als Stadtrat.

Nochmal zu Herrn Kemesies seiner Aussage, dass hier nicht verfahrensgerecht entschieden worden sei. Es gebe vom Land keine effektiven Regeln zur Aushandlung zwischen dem Landkreis und den Kommunen.

Er fragt Herrn Schuster, ob man diesmal endgültig gewinne, wenn man für 2017 im zweiten Verfahren Erfolg habe oder könne aufgrund der Änderung des KVG der Landkreis erneut eine Abwägung durchführen.

Herr Schuster antwortet, dass er dies nicht beantworten könne. Es werde das Urteil zeigen, was man zu dem erneuten Verfahren für 2017 habe.

Herr Peche meint, man dürfe nicht vergessen, dass es um Geld gehe. Man müsse den Weg weiter gehen. Keiner wisse was vor Gericht geschehe. Gerade in der jetzigen Zeit sollte man es versuchen. Die Zweifel in der Gesellschaft würden immer größer. Es habe 2016 keine breite Mehrheit dafür gegeben, diese musste erst gebildet werden. Aber wenn man jetzt das Signal als Stadt Sangerhausen, welche hier federführend war, setze, dass man den Weg nicht weiter gehe, gebe man sich der Willkür des Landkreis, des Landes und des

Bundes hin. Man sollte weiterhin versuchen das Recht zu bekommen, die Kommunen finanziell besser auszustatten und das man in der Stadt Sangerhausen und in den Ortschaften ein besseres Leben habe.

Herr Oster würde sich freuen, wenn er endlich einem Kreishaushalt zustimmen könnte, wo auch die Kreisumlage in die Abwägung gegangen sei. So, wie man es sich in einer kommunalen Familie vorstelle. Es sei richtig und konsequent, den bereits eingeschlagenen Weg weiter zu gehen. Alle anderen Signale würden zeigen, dass man als Stadt Sangerhausen in den bisherigen Schritten inkonsequent sei und sich selbst nicht mehr vertraute, nachdem man Klagen gewonnen habe. Er findet gut, durch solche Diskussionen alle Argumente abwägen zu können und am Ende mehrheitlich eine Entscheidung treffen zu können. Aber man könne nicht sagen, man habe sich nicht mit dem Thema beschäftigt. Es seien alle unterschiedlichen Meinungen zu respektieren.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, gegen den Bescheid über die Festsetzung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2021 Rechtsbehelf einzulegen. Der Streitwert beläuft sich auf 11.553.847 €. Mit der Vertretung der Stadt Sangerhausen im Verfahren wird weiterhin Herr Prof. Dr. Dombert beauftragt.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	23
Nein-Stimmen	=	3
Stimmenenthaltungen	=	3

Beschluss- Nr.: 2-17/21

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 2-17/21** registriert.

**TOP 6.3 Beschluss zur Auslegung des Sportentwicklungskonzeptes der Stadt Sangerhausen - Beginn des offiziellen Beteiligungsverfahrens
Vorlage: BV/179/2021**

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu. Gonnasportplatz soll mit aufgenommen werden.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und

0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 6 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Schul - und Sozialausschusses, Stadträtin Frau Spröte, Vorsitzende des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Die Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage mehrheitlich zu.

12 Ortschaftsräte stimmten der Beschlussvorlage zu. (Breitenbach, Grillenberg, Gonna, Wippra, Großleinungen, Lengefeld, Morungen, Obersdorf, Oberröblingen, Riestedt, Rotha Wettelrode)

2 Ortschaftsräte stimmten nicht über die Beschlussvorlage ab. (Horla, Wolfsberg)

*Herr Strauß, Herr Wagner, Herr von Dehn-Rotfelser und Herr Th. Klaube verlassen kurz die Sitzung
17:09 Uhr = 25 Anwesende*

Herr Hüttel fragt, wie die praktische Umsetzung aussehe. Gebe es dafür einen Internetauftritt, wo sich die Bürger darüber informieren können oder werden nur die Vereine dementsprechend angeschrieben und der Bürger in die Stadtverwaltung gehen müsse, um eventuell seine Meinung kund zu tun.

Herr Michael verneint. Es werde einen breiten Internetauftritt dazu geben.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beschließt die Auslegung des aktuellen Sportentwicklungskonzeptes der Stadt Sangerhausen und eröffnet damit das offizielle Beteiligungsverfahren für alle Interessierten.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 3-17/21

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 3-17/21** registriert.

Herr Strauß, Herr Wagner und Herr von Dehn-Rotfelser wieder zurück zur Sitzung 17:12 Uhr = 28 Anwesende

17:14 Uhr Beginn der Einwohnerfragestunde

Herr Dobert informiert, dass es die Deutsche Kinderschutzstiftung „Hänsel und Gretel“ gebe. Sie haben seit 2002 das Projekt „Notinsel“. Dies bedeute, wenn es Kinder gäbe, welche in der Stadt unterwegs seien und sie Hilfe benötigen, z. B. weil sie gestürzt seien und nun einen Ansprechpartner suchen. Aus diesem Grund gibt es eine Handy-App bzw. ein Portal, wo sich Eltern informieren können und es mit ihren Kindern besprechen können. Die Kin-

derschutzstiftung sucht Multiplikatoren, welche dieses Projekt an Gewerbetreibende und Bürger an die jeweilige Stadt geben, die sich an diesem Projekt beteiligen wollen. Das Projekt koste kein Geld. Er fragt den Oberbürgermeister, ob es möglich wäre, dass die Stadt Sangerhausen sich an so einem Projekt beteiligen könnte.

Herr Strauß bejaht. Er nimmt es als Anregung mit und bittet ihn um Zusendung von weiteren Informationen.

17:16 Uhr Ende der Einwohnerfragestunde

TOP 6.4 Entwidmung einer Teilfläche auf dem Friedhof Wolfsberg Vorlage: BV/178/2021

Begründung: Herr Michael

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Die Ortschaftsratssitzung in Wolfsberg ist ausgefallen.

Beschlusstext:

Der Stadtrat stimmt der Entwidmung der in der Anlage gekennzeichneten Fläche auf dem Friedhof Wolfsberg zu. Durch die Entwidmung wird die Fläche dauerhaft der Bestattungsfläche des Friedhofes entzogen.

Verwaltung und Ortschaftsrat bemühen sich einvernehmlich um eine geeignete Nachnutzung.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	28
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 4-17/21

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 4-17/21** registriert.

Herr Thomas Klaube wieder zurück zur Sitzung 17:17 Uhr = 29 Anwesende

TOP 6.5 Antrag zur Beschäftigung eines City Managers zur Ausschöpfung der Potentiale der Sangerhäuser Innenstadt Vorlage: BV/169/2021

Begründung: Herr Strauß

Herr Strauß möchte einen Hinweis aus der gestrigen Hauptausschusssitzung übernehmen und im Beschlusstext nach dem Wort City Managers (m/w/d) einfügen. Man sei nicht ausschließlich auf eine männliche Person fixiert. Er führt die Begründung der Vorlage fort.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 8 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Tourismus, Stadtrat Herr Schmidt, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung zu.

Herr Thunert meint, dass ein Citymanager es nun richten solle und neuen Schwung in den arg gebeutelten Einzelhandel bringen soll. Die Erwartungshaltung sei groß, denn der Wirtschaftsmanager soll wahre Wunderkräfte vollbringen.

Er fragt, ob der neue Mediator das richten könne oder bleibe er ein weiterer Arzt am Krankenbett des Einzelhandels. Er habe im Sanierungsausschuss, wo übrigens der Vorsitzende des Gewerbevereins, Marco Dauer, zu Gast war, gesagt: Wenn man weiter in jedem Frühjahr oder Herbst einen Lockdown mache, sei unsere Innenstadt tot. Der Ausschussvorsitzende, Herr Peche, habe ihn daraufhin arg getadelt, er solle nur konstruktive Beiträge leisten. Am nächsten Tag im Wirtschaftsausschuss bei Herrn Schmidt war Michael Hess vom Gewerbeverein ebenfalls zu Gast, der fast das Gleiche wie er am Tag zuvor gesagt habe. Der Einzelhandel stehe nicht nur mit dem Rücken zur Wand, sondern er blutet aus. Es liege ihm fern, ein Szenario des wirtschaftlichen Ruins aufzuzeichnen, aber Einzelbeispiele aus seiner Umgebung bestätigen das täglich. Nach seiner Einschätzung werden 30-40% die Lockdown-Politik wirtschaftlich nicht überleben. Der Einzelhandel sei der Verlierer und der Onlinehandel der Gewinner dieser ruinösen Gesundheitspolitik. Der Gewerbevereinschef hätte seit Monaten laut aufschreien müssen, er hätte sich gegen die Coronapolitik und schützend vor den Einzelhandel stellen können, doch nichts sei geschehen. Monate lang werde die Lockdown-Politik toleriert. Er zitiert die MZ vom 24.04.2021: „den Citymanager brauchen wir unbedingt, er könne die Arbeit des Gewerbevereins erleichtern“.

Hier werde Ursache und Wirkung verwechselt. Die Ursache der Wirtschaftsschwäche sei die verfehlte Corona-Politik, und wer den Einzelhandel stärken will, muss das Ende der Notbremse fordern. Auch hätte er sich gewünscht, dass am Freitag, dem 30. April 2021, auf dem Sangerhäuser Markt einige Stadträte mehr gewesen wären. Dr. Müller vom Heliosklinikum habe einige Denkanstöße zur Coronapolitik gegeben. Er betone ganz deutlich Denkanstöße und nicht Leugnung.

Großunternehmen leisten sich den Schnittstellenkoordinator um Abteilungen zur Zusammenarbeit zu bringen, weil sie unterschiedliche Verständnisse über den Geschäftsauftrag des Unternehmens haben. Hier könnte eine Kommune ansetzen, wenn z.B. die Rosenstadt GmbH das Verständnis habe, das Umsatzpotenzial seiner Besucher nur auf sich zu ziehen und nicht mit dem Einzelhandel der Innenstadt teilen zu wollen. Aber genau das sei die Folge des Geschäftsmodells der GmbH. Reisegruppen, Kurzzeitbesucher, eigener Gaststättenbetrieb oder Streuartikel. Die Zahl von jährlich 100.000 Besuchern sitze der GmbH im Nacken, über diesen Umsatz habe sich die Gesellschaft zu definieren. Der Druck habe zugenommen, nach dem auf die jahrelang gezahlte Finanzspritze des Landkreises von 500.000 Euro nicht mehr zurückgegriffen werden könne. Bekanntlich sei über diesen Punkt der alte Geschäftsführer gestolpert, dieser musste gehen.

Der City-Manager soll etwas richten, was nicht zu richten sei. Er kann weder in den Geschäftsauftrag der Rosenstadt GmbH als in die der Sangerhäuser Einzelhändler eingreifen. Er habe keine Kompetenz, außer seiner eigenen Glaubwürdigkeit. Er muss schon missiona-

rische Fähigkeiten haben, um Teile des Umsatzpotenzials der GmbH in den Einzelhandel der Innenstadt zu lenken. Jedenfalls sei der befristete Posten mit über 5.000 Euro pro Monat budgetiert. Die Zahl der Kümmerer werde mit dem City-Manager erhöht. Längst gab es die Abteilung Wirtschaftsförderung in der Stadtverwaltung und 2012 kam dann die Standortmarketing Gesellschaft (SMG) dazu, mit einem direkten Vermarktungsauftrag für Sangerhausen. Er sei weit davon entfernt, den Kümmerer kleinzureden, aber nach seinen Erfahrungen zu urteilen, werden solche Stellen immer dann eingerichtet, wenn bestehende Strukturen ihren Auftrag nicht oder nur unzureichend erfüllen.

Eine vom ehemaligen Leiter der SMG, Mark Lange, angeregte Paket-Vermarktung zwischen Produkten der Rosenstadt GmbH und dem Hotel- und Gaststättengewerbe Sangerhausen blieb ebenso erfolglos wie die Vermarktung des Prestigeobjektes IPM. Die Schwäche solcher Kümmerer haben einige Kommunen erkannt und seien aus der 2012 gegründeten SMG ausgetreten. Zu klären wäre, ob der Geschäftsauftrag der SMG für Sangerhausen erhalten bleibe, wie Doppelarbeit vermieden werden könne und was geschehe, wenn der für 18 Monate befristete Posten auslaufe. Die Landesregierung bietet Förderprogramme an, um die furchtbaren Wirtschaftsfolgen der Corona-Politik reparieren zu wollen. 80% Förderung und 20% Eigenanteil seien das Motiv, um der Öffentlichkeit zu erklären, den wirtschaftlichen Aufschwung nach der Krise vorantreiben zu können und zu wollen. Ob europäische Bundes- oder Landesfördermittel - eine finanzknappe Stadt greife natürlich auf solche Angebote zurück, sie entwickelt sich aber auch so. Es werde nicht in Wertschöpfung investiert, sondern in den sprichwörtlichen Wasserkopf. So entstehe über die Jahre eine Netzwerkstruktur die koordinierend aufgestellt sei, aber nicht produzierend.

Der City-Manager ist ein weiterer Baustein in einer koordinierenden Netzwerkstruktur, leider ohne eigene Wertschöpfung. Er persönlich hätte die 20.000 Euro Eigenmittel in die Sanierung des Fußweges im Ortsteil Paßbruch eingesetzt. Dort sei die Investition wenigstens nachhaltig. Alle anderen Verwaltungsstellen, die durch den City-Manager zu neuen Leben erwachen sollen, müssen einfach nur ihren Job machen. Die AfD-Fraktion werde diesen Antrag nicht ablehnen, sondern man werde sich enthalten.

Herr Windolph meint, dass über einen City-Manager bereits Herr Poschmann in den Jahren 2010, 2011 und 2012 nachgedacht habe.

Es gehe nicht darum, dass man zurzeit besonders erschwerende Bedingungen habe, die man durchstehen müsse, weil man der Gesundheit unserer Mitmenschen verpflichtet sei. Es gehe um etwas anderes. Die Schwierigkeiten der Geschäftsleute in der Innenstadt von Sangerhausen seien eine Problematik, welche man bereits seit Jahren habe. Man habe hier keine bzw. nur unzureichende Antworten gefunden. Manchmal sei man als Sangerhäuser oder als Bewohner von Ortsteilen auch zu blind für Dinge, die hier machbar oder notwendig seien. Man benötige Anregungen von Dritten. Von Menschen, die aus anderen Städten kämen, mit anderen Erfahrungen sich einbringen und Ideen vorbringen. Daher möchte er entschieden widersprechen, dass das nur dem Wasserkopf diene. Man wolle sich Anregungen holen, zusammen diskutieren und genau belegt wissen, was für Vorschläge und Ideen sie haben. Dafür sei das Geld gut angelegt, besser als für die drei Fußgänger in Paßbruch.

Herr Strauß geht auf die Rede von Herrn Thunert ein. Herr Thunert habe ein Wort weglassen aus seinem soeben vorgelesenen eigenen Facebook-Eintrag. Ein Wort, was er erbärmlich fände. Das Wort lautet auch *erbärmlich*. Mit diesem Wort *erbärmlich* betitele Herr Thunert den Vorsitzenden des Gewerbevereins. Er finde es erbärmlich, wie Herr Thunert mit Fingern auf andere zeige. Auf Menschen, die sich engagieren, die was erreichen wollen, die anderen helfen wollen.

Man habe eine Schulungsveranstaltung durchgeführt und eine PowerPoint Präsentation bereitgestellt, wo die Finanzbeziehungen dargestellt wurden. Die AfD-Fraktion behaupte fortwährend, die Rosenstadt GmbH hat 500.000 Euro jährlich vom Landkreis bekommen. Dies sei schlicht und ergreifend nicht zutreffend. Man könne auch sagen: gelogen. Die Fraktion versuche, Neid zu schüren, indem gesagt werde, dass der City-Manager 5.000 Euro im Monat verdiene. Dem sei nicht so und es stehe auch noch gar nicht fest, wie derjenige be-

auftragt und eingestellt werde. Sie spalte und zeige auf Einzelne, dies sei nicht das, was man momentan brauche. Was man gerade in so einer schwierigen Situation brauche, sei zum einen Mut und zum anderen Einigkeit. Herrn Strauß sei es egal, wie die AfD-Fraktion abstimme. Er wisse, dass der Stadtrat diesen Mut hat und sich gegen so etwas stellen könne. Wenn es sachlich begründet sei, könne er solchen Maßnahmen folgen. Diese Vorlage sei gut begründet und er bittet, dieser zu folgen.

Herr Wedekind äußert, dass die CDU-Fraktion den Ansatz zur Belebung der Sangerhäuser Innenstadt durch den City-Manager unterstütze. Sie empfinden es jedoch als wichtig, dass nicht erst in der Phase eines Anknüpfungsjektes die erstellten Konzepte umgesetzt werden. Man benötige von Anfang an einen Kümmerer und das Konzept sollte aus der Tätigkeit heraus entstehen. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein der Stadt Sangerhausen halten Sie daher für erforderlich. Dieser sollte eine beratende Stimme erhalten und dabei die treibende Kraft sein. Weiterhin sollten von einer Steigerung der Attraktivität der Innenstadt auch die Ortsteile profitieren z.B.:

- durch Werbung der Unternehmen in leerstehenden Geschäften
- Möglichkeiten einer temporären Anmietung eines Verkaufsraumes „Laden auf Probe“ ohne langfristige Bindung
- Vernetzung der Gewerbetreibenden in den Ortsteilen mit der Innenstadt

Herr Schmidt sagt, dass das Thema „Innenstadt Sangerhausen“ sehr lange her sei. In der Ratssitzung am 05. März 2015 hatte Herr Poschmann vorgeschlagen, dass die Stadt Sangerhausen ordentliches Mitglied im Gewerbeverein werden sollte. Was auch geschehen sei. *Die Stadt will sich in ihrer Tätigkeit im Gewerbeverein auf das urbane Zentrum der Stadt konzentrieren, um das Zentrum zu stärken, denn in der Innenstadt sei schon ein großer Leerstand zu verzeichnen. Auch die Rosenstadt GmbH soll mit eingebracht werden, um eine engere Zusammenarbeit zwischen Rosarium und der Kernstadt zu erreichen.*

Er hat sich nun gefragt, was in den letzten 6 Jahren passiert sei.

Man habe die Geschäfte, verantwortlich seien die Geschäftsfrau oder der Geschäftsmann. Sie müssten einkaufen und verkaufen. Für die Werbung seien sie zuständig, für die Qualität der Ware und für den Preis. Sie ließen sich mit Sicherheit nicht vorschreiben, was sie einkauften, dies entschieden sie selbst. Der Kunde schaue auf die Qualität, er schaue auf den Preis und auf das Umfeld (Parkmöglichkeiten usw.). Wir als Stadtrat seien dann im Gespräch. Man schaffe die Rahmenbedingungen und müsse sich einbringen in Feste und Veranstaltungen jeglicher Art. Der Gewerbeverein sei dafür zuständig, die Geschäfte zu unterstützen, wo es nur geht. Deshalb halte er auch seine Versammlungen ab, wo nach Möglichkeit dort alle anderen vertreten seien. Die Rosenstadt GmbH sei verantwortlich für den Tourismus in der Stadt. Wenn Besucher in das Rosarium kämen, dann sollten auch Wege gesucht werden, dass diese auch die Innenstadt nutzten.

Die Stadt war einmal im Besitz einer Stadtbahn, wo man die Besucher in die Stadt fahren konnte. Er ist der Ansicht, wenn sich alle, die er eben genannt habe, einig seien und gut miteinander arbeiteten, dann bräuchte man keinen City-Manager. Dieses Geld könne man woanders viel besser einsetzen. Er fragt, welche Rolle die SMG mit 13 Neueinstellungen in Zukunft spiele. Er könne der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Kotzur stimmt zu, dass alle miteinander zielorientiert und nicht gegeneinander reden und handeln sollten. Man sei Mitglied im Gewerbeverein. Es entstehe jedoch manchmal der Eindruck, dass der Gewerbeverein und die Stadt nichts miteinander zu tun hätten. Er sei dafür, den Antrag zur Beschäftigung eines City-Managers zu stellen. So können alle Interessen und Möglichkeiten, die es gibt, analysiert werden und auch Konzepte entwickelt werden, wie man die Innenstadt, natürlich in Kombination mit den Ortschaften, attraktiv machen könne. Durch Corona habe man jetzt eine schwierige Situation, der solle man sich nicht verschließen. Aus dieser Sicht könne er den Gewerbeverein und die Gewerbetreibenden gut verstehen, die da sagten, man trüge die Maßnahmen mit. Er habe zwischen dem Gewerbeverein und der Landrätin bzw. dem Landkreis versucht, einen Gesprächstermin zu vermitteln, um darüber zu sprechen, wie man in Sangerhausen eine Modellregion hinbekomme. Das

Gesetz kam dazwischen. Das, was an Modellprojekten im Landkreis schon bestanden hatte, musste geschlossen werden und habe sich leider nicht weiter entwickelt.

Die Äußerung von Herrn Windolph „*Dafür sei das Geld gut angelegt, besser als für die drei Fußgänger in Paßbruch.*“ sei nicht in Ordnung. Auch wenn es nur 2 Fußgänger in Paßbruch gäbe, ein Fußweg habe in Ordnung zu sein.

Natürlich sei es wichtig, dass die Interessen der Gewerbetreibenden artikuliert, miteinander abgewogen und in eine Richtung gebracht werden, dass man eine lebendige Innenstadt habe und es eine Koordinierung gebe. Möglichst viele Gewerbetreibende sollten z. B. zum Altstadtfest mitmachen. Oder wenn z. B. die Reisebusse zum Berg- und Rosenfest in der Stadt sich noch weiter bewegen könnten und nicht gezwungen seien, sich ausschließlich auf das Rosarium zu konzentrieren. Er sei dafür, den Antrag zur Beschäftigung eines City-Managers zu stellen

Herr Oster stimmt den Ausführungen von Herrn Schmidt zu.

Im Beschlusstext stehe ein Konzept zur Entwicklung und Umsetzung eines ganzheitlichen Innenstadtmanagements, d.h. 1 ½ Jahre würden benötigt, um seine eigene Stellenbeschreibung auszufertigen.

Das 2. Ziel im Ergebnis sei ein Konzept zur Stärkung des Tourismus in der Innenstadt.

Tourismus im eigentlichen Sinne, wie man sich das vorstellen kann, habe man nicht.

Man bekomme nicht einmal einen Pächter für den Ratskeller. Die Hotels schlössen und würden verkauft. Ein Manager verwalte; wenn, dann müsse man in der Richtung selbst etwas gestalten, dafür reiche aber heute die Zeit nicht aus. Das andere sei eine Wunschvorstellung und nicht greifbar.

Auf diese Weise würden die drängendsten Probleme des Innenstadthandels, an zentralen unterstützenden und motivierend wirkenden Akteuren zu etablieren sowie Kaufkraft und Nachfragepotenzial, in den Fokus gerückt. Man spreche hier nach wie vor über Theorie. Nun spreche er die Praxis an. Die Wirtschaftsförderung beginnt, an Ursachen heranzugehen. Ursachen aus seinem Blickwinkel seien in Sangerhausen fehlende Bauplätze, fehlende Parkplätze, fehlende Gewerbegrundstücke für Handwerker und Dienstleister. Man könne eine Nachfrage nur erhöhen, wenn man das Potenzial an den Menschen, die in der Innenstadt seien, erhöhe. Wenn man aber keine Bauplätze zur Verfügung stelle und keine weiteren Parkplätze in der Innenstadt, aber auch in den Wohngebieten zur Verfügung stelle, dann sei es unattraktiv. Er finde es nicht in Ordnung, nur mit Knöllchen den Haushalt zu sanieren. Weiterhin stünden z. B. im Wohngebiet Süd Baken. Er frage sich, wie attraktiv das sein soll, wenn nicht einmal dafür Geld da sei.

Er fragt, wie Sangerhausen attraktiv werden solle.

Dies seien doch ganz einfache Maßnahmen, die man ergreifen müsse, wenn man etwas verändern wolle. Jeder Euro für ein Konzept, das anschließend nicht umgesetzt werden kann, sei ein verlorener Euro. Er habe ein paar Maßnahmen genannt, über die im Stadtrat gesprochen werden solle. Er greift die Worte von Herrn Windolph auf. Man solle auch jemanden Gehör schenken, der von außerhalb kommt, mit einem anderem Erfahrungspotenzial.

Er fragt, was der City-Manager könne. Weder die Stadt noch der City-Manager haben weiterhin die Möglichkeit, zu steuern. Er hat das Wort mit Gesprächen, aber er kann nicht einen „Musterladen“ finanzieren. Es solle dem Eigentümer des „Musterladens“ günstige Mieten anbieten. Dann kommen aber immer noch keine Menschen in die Innenstadt. Er fragt, wie man in günstigen Lagen die Differenz finanzieren wolle. Ihm fehle hier die Vorstellung; es sei eine Wunschvorstellung.

Die Stadt Sangerhausen brauche wieder einen Wirtschaftsförderer. Man müsse Fördermittel generieren und über den Schaft hinaussehen, um die Potenziale der Menschen, die in der Stadt weiterhin leben, zu erhöhen. Unsere bestehende Bevölkerung, welche weiterhin sinke, brauche Konzepte. Es gebe viele Baugrundstücke, die sich in städtischer Hand befinden. Er fragt, warum diese nicht freigegeben würden. Er fragt weiterhin, warum man in Sangerhausen nicht das Potenzial entdecke, in Sangerhausen sehr schön zu wohnen und in Leipzig zu arbeiten. Die Grundstückspreise und Baukosten in Leipzig seien sehr hoch. Hier müsse ge-

handelt werden. Das gehe aber nur über jemand, der nicht eine eigene Landingpage aufbaue, sondern, dass die Stadt dies selbst in die Hand nehme. Ein Wirtschaftsförderer müsse an die Stadtverwaltung angegliedert sein. Er müsse berechtigt sein, mit allen Behörden zu sprechen, Auskünfte zu erhalten und auch an Besprechungen innerhalb der Stadt teilzunehmen. Er könne sich auch vorstellen, die eine oder andere Straße als Fußgängerzone zu machen, wenn

weitere Parkmöglichkeiten in der Innenstadt vorhanden seien. Wenn man als Attraktivität eine autofreie Stadt machen wolle, dann käme keiner mehr herein, weil die Menschen, welche noch Arbeit haben und Geld verdienen, keine Zeit für lange Wege hätten.

Im Namen seiner Fraktion BOS/FDP/BV beantrage er eine 1. Lesung.

Herr Peche sei Mitglied des Gewerbevereins und einiges, was hier gesagt wurde entspreche so nicht der Wahrheit. Seit die Stadt, damals unter Oberbürgermeister Herrn Poschmann, Mitglied des Gewerbevereins wurde und auch unter Oberbürgermeister Herrn Strauß, sei die Zusammenarbeit von Woche zu Woche oder von Monat zu Monat besser geworden und nicht schlechter. Er könne viele Beispiele nennen, wo die Stadt den Gewerbeverein unterstützt habe. Sei es mit Leistungen des Bauhofes oder Unterstützung zu Stadtfesten. Er stelle sich als Mitglied des Gewerbevereins ganz stark hinter den Vorsitzenden des Gewerbevereins. Und diesen hier als erbärmliche Person zu bezeichnen, das mache man nicht. Gerade der Vorsitzende des Gewerbevereins, der Vorstand und die Mitglieder des Gewerbevereins hätten alles auf dem gesetzlichen Wege versucht, was in der Lockdown-Politik möglich sei. Mit vielen Ausführungen von Herrn Oster könne er mitgehen, aber das habe mit Ortschaftspolitik insgesamt zu tun. Hier spreche man aber vom Herzstück unserer Stadt, der Innenstadt und deren Entwicklung, ob sie in Wippra oder einer anderen Ortschaft sei, hänge immer damit zusammen, wie gut es dem Herzstück gehe. Deshalb sei es wichtig, dass man die Innenstadt noch entwickle. Eine Stadt werde nur überleben, wenn mehr Geschäfte überleben. Auch in den nächsten Jahren würden die Menschen in die Geschäfte gehen und nicht nur beim Onlinehandel tätig sein oder dort einkaufen. Man habe eine schöne lukrative Innenstadt von Sangerhausen, ebenso die Ortschaften seien wunderschön. Man solle sich nicht kleiner machen, als man sei. Er stimme Herrn Oster zu, dass man neue Baugebiete benötige. Man solle das Herzstück unserer Stadt entwickeln. Er frage, warum man es sich so schwer mache, einen City-Manager zu beschäftigen. Wenn dieser es schaffe, sich seinen Arbeitsplatz zu erarbeiten, dann habe man etwas gewonnen. Er spricht sich gegen eine 1. Lesung aus.

Frau Stahlhacke spricht sich für den City-Manager aus. Er sei notwendig und diene als Unterstützung für den Gewerbeverein. Weiterhin ging sie auf die Parkmünzen ein, welche man zum Parken nutzen könne. Sie plädiert für den Nahverkehr, wie dieser wieder aufgebaut werden könne und auch für attraktive Parkmöglichkeiten in der Innenstadt.

Herr Strauß nimmt Stellung zu den Ausführungen von Herrn Oster. Er bestreitet die Angelegenheit mit den Parkplätzen. Man verfüge über eine Vielfalt von citynahen Parkplätzen, ein Großteil sei teilweise bis zu 3 Stunden kostenfrei. Dies sei nicht das Kernproblem. Er ist auch der Meinung, dass man dringend zusätzliche Baumöglichkeiten in Sangerhausen stadtnah benötige. Mit dem Vorstand des Gewerbevereins habe er sich zusammengesetzt und darüber gesprochen, was hilfreich sei und was benötigt würde. Es wurde Kontakt aufgenommen zu City-Managern anderer Kommunen. Dort habe man sich die Konzepte genau angeschaut. Das Votum des Gewerbevereins sei klar und ausschlaggebend. Man habe sich bewusst dagegen entschieden, den City-Manager zum jetzigen Zeitpunkt in die Stadtverwaltung zu integrieren. Wenn sich der Einsatz des City-Managers nach 1 1/2 Jahren bewähre, würde man nach Möglichkeiten suchen, wie es weiter gehen könne. Was man auf jeden Fall nicht habe, auch angesichts der Pandemie, sei Zeit im Überfluss. Deshalb spreche er sich ganz entschieden gegen eine 1. Lesung aus. Der Erkenntnisgewinn sei ausgesprochen gering. Es gehe um die Antragstellung. Im Detail habe man noch Zeit,

nachzusteuern. Man wolle dieses Projekt in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren und dem Gewerbeverein angehen, dies stehe außer Frage.

Wie schon Frau Stahlhacke sagte, der City-Manager solle auch die Zusammenarbeit mit dem Landkreis als Träger des öffentlichen Personen- und Nahverkehrs, die Stadt Sangerhausen, wenn es um Buslinien gehe, und auch die Gewerbetreibenden unterstützen. Die Parkmünzen waren ein Beispiel, was man über viele Jahre erlebt habe und was gut gedacht war. Es sei nur nicht so zur Umsetzung gekommen, weil vielleicht viele kostenfreie Parkplätze vorhanden seien. Die Nutzung sei ausgesprochen verhalten.

Er plädiert für die Abstimmung über die Beschlussvorlage und keine 1. Lesung.

Herr Gehlmann sagt, dass sich die Fraktion die Vorlage kritisch angeschaut habe. Es wurden keine Veränderungen vorgenommen, nichts anderes dazu geschrieben oder gedichtet. Herr Thunert habe die Meinung der AfD-Fraktion vorgetragen. Was Herr Strauß genommen habe sei ein Facebook Eintrag. Herr Thunert habe heute nirgends das Wort erbärmlich genannt. Das habe Herr Strauß gemacht. Er könne sich noch entschuldigen, weil das Niveau, welches man bereits im gestrigen Hauptausschuss schon hatte, nicht sein müsse; da wolle er sich nicht hinbegeben. Wichtig sei, dass auch die Meinung der AfD-Fraktion gehört werde. Die Fraktion sehe es kritisch, sie haben das kritisch vorgetragen und die Zahl 100.000 Euro stehe nun mal in der Vorlage drin. Mit dieser Summe müsse man dann auch rechnen. Herr Thunert sagte auch, dass sie nicht dagegen stimmen werden, sie werden sich enthalten. Dennoch sehe man die Sache kritisch. Man sehe hier keinen Mehrwert. Es gebe bereits viele Vereine, welche seit Jahren miteinander reden. Dann redeten sie demnach nicht intensiv miteinander. Er fragt, was Neues rauskommen solle, was man nicht bereits schon wisse. Dies müsse man auch kritisch äußern können.

Der Fußweg in Paßbruch solle gemacht werden, damit die Leute sich nicht die Beine verletzen. Wahrscheinlich sei Herrn Windolph dies nur so rausgerutscht, er meinte es anders. Nur kann so nicht miteinander umgegangen werden.

Herr Kemesies stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Beendigung der Rednerliste. Es sei alles gesagt, was zur Beschlussvorlage gesagt werden musste. Es stehe alles in der Beschlussvorlage und es solle eine Abstimmung erfolgen. Zuerst über den Antrag auf 1. Lesung und dann über den Geschäftsordnungsantrag.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag – Beendigung der Rednerliste

Ja-Stimmen	=	25
Nein-Stimmen	=	3
Stimmenenthaltungen	=	1

Antrag wurde angenommen.

Herr Strauß stellt klar, dass ihm durchaus bewusst sei, dass Herr Thunert dieses Wort heute nicht genannt habe. Er habe gesagt, dass dieses Wort beim Vorlesen des Facebookeintrags weggelassen wurde. Fakt sei, es gehöre etwas mehr Mut dazu, so etwas öffentlich zu sagen oder gar so etwas jemanden ins Gesicht zu sagen. Vielleicht war dieser Mut nicht vorhanden. Er habe nicht vor, sich für das ein oder andere in diesem Zusammenhang zu entschuldigen. Weiterhin nimmt er Bezug zu den genannten 100.000 Euro. In den Ausschüssen habe er bereits erklärt, und das schockiere ihn ein bisschen und spricht Herrn Gehlmann an, dass hier keinerlei Erkenntnisgewinn daraus erzielt würde.

Im gestrigen Hauptausschuss erklärte er, dass man keine Einstellung vornehmen werde und derjenige bekomme 100.000 Euro für 1 1/2 Jahre gezahlt. Die Stadt Sangerhausen schreibe eine Dienstleistung aus. Es müsse ein Preis kalkuliert werden, weil man einen Förderantrag stelle, in den eine maximale Fördersumme eingestellt werde.

Dann schreibe man eine Dienstleistung aus und werde zu einem Ausschreibungsergebnis

kommen. Ein Dienstleister werde verpflichtet, über den der Hauptausschuss entscheidet. Neben Lohnkosten gehörten auch Sachkosten dazu, die man in Abzug bringen müsse. Welchen anderen Zweck erfülle es denn, diese Zahl in den öffentlichen Raum zu werfen, als von vornherein Neid hervorzurufen? Genau das, war seine Aussage in seinem Eingangsstatement und dazu stehe er nach wie vor. Er stehe auch nach wie vor dazu, dass ihm relativ egal sei, ob die AfD-Fraktion mit Nein stimme oder sich enthalte. Wie sie tatsächlich denke und agiere, das habe sie mehr als deutlich heute wieder gezeigt.

Herr Skrypek bittet nun um Abstimmung über den Antrag 1.Lesung von Herrn Oster.

Abstimmung über den Antrag auf 1. Lesung

Ja-Stimmen	=	4
Nein-Stimmen	=	20
Stimmenenthaltungen	=	5

Damit sei der Antrag abgelehnt.

Beschlusstext:

Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, den Antrag „Beschäftigung eines City Managers (m/w/d) zur Ausschöpfung der Potentiale der Sangerhäuser Innenstadt“ im Programm Sachsen-Anhalt REGIO einzureichen und die Leistung bei Bewilligung auszuschreiben.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	18
Nein-Stimmen	=	3
Stimmenenthaltungen	=	8

Beschluss- Nr.: 5-17/21

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 5-17/21** registriert.

Herr Stefan Klaube und Frau Spröte verlassen die Sitzung 18:20 Uhr = 27 Anwesende

Pause von 18:20 Uhr bis 18:30 Uhr

TOP 6.6 **Beschluss der Teilfortschreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) 2020**
Vorlage: BV/167/2021

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:

*Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt den Jahresbericht 2020 der Lenkungs-
runde Stadtentwicklung und Koordinierungsrunde Stadtumbau Sangerhausen als Teilfort-
schreibung des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) der Stadt Sangerhausen.*

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen	=	27
Nein-Stimmen	=	0
Stimmenenthaltungen	=	0

Beschluss- Nr.: 6-17/21

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 6-17/21** registriert.

TOP 6.7 Aufstellungsbeschluss zur Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 14 Gewerbegebiet "Am Grabenweg" der Stadt Sangerhausen
Vorlage: BV/173/2021

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Beschlusstext:

Der Stadtrat der Stadt Sangerhausen beschließt die Aufstellung des Aufhebungsbeschlusses sowie die Durchführung des weiteren Aufhebungsverfahrens für den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 14 Gewerbegebiet „Am Grabenweg“ der Stadt Sangerhausen. Ziel des Verfahrens ist die Aufhebung des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 14, um die Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 43 verfahrensfehlerfrei umsetzen zu können.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 7-17/21

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 7-17/21** registriert.

**TOP 6.8 Festlegung des Fördergebietes Lebendige Zentren "Altstadtkern" in der Städtebauförderung
Vorlage: BV/177/2021**

Begründung: Frau Diebes

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Sanierungsausschusses, Stadtrat Herr Peche, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Stellungnahme des Bauausschusses, Stadtrat Herr Windolph, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 10 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Stimmenthaltungen zu.

Herr Hüttel sagt, dass in der Fraktion lange darüber diskutiert wurde. Auch wenn man damals hart darum gekämpft habe, dass diese Gebietserweiterung um den Stadtpark und das Museum bzw. den Bahnhof erfolgt, werde man nun zustimmen, aufgrund dessen, das man bis Juni einen neuen Fahrplan bekomme, dass diese beiden Gebiete wieder aufgenommen werden. Das Museumskonzept schein fertig zu sein. Der Stadtpark sei renoviert bzw. die Wege seien erneuert worden.

Beschlusstext:

Der Stadtrat ändert seinen Beschluss vom 09.07.2020 Nr: 3-11/2020 und setzt nunmehr das in der Anlage dargestellte Gebiet als Fördergebiet Lebendige Zentren "Altstadtkern" fest.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 27
Nein-Stimmen = 0
Stimmenenthaltungen = 0

Beschluss- Nr.: 8-17/21

Damit ist die Beschlussvorlage einstimmig bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 8-17/21** registriert.

TOP 6.9 Ermittlungersuchen an die Staatsanwaltschaft
Vorlage: BV/174/2021

Begründung: Herr Scholz – CDU Fraktion

Er verweist darauf, dass man mit dieser Vorlage in keiner Weise die freie Meinungsäußerung und Informationsweitergabe einschränken wolle. Es spiele dabei auch keine Rolle, wie dies geschieht. Ob in Gesprächen auf Arbeit oder im Verein, als Pressemitteilung oder im sozialen Netzwerk. Es gehe hier um den Unterschied öffentlich oder nicht öffentlich. Das dieser Unterschied jeden Tag verständlich sei, darauf müssten alle in diesem Raum vertrauen können – Stadträte, sachkundige Einwohner, der Oberbürgermeister und die Verwaltung. Sonst sei zukünftig ein vertrauensvoller Umgang miteinander und eine offene Diskussion in der Sache schwer vorstellbar.

Stellungnahme des Hauptausschusses, Stadtrat Herr von Dehn-Rotfelser, Vorsitzender des Ausschusses

Der Ausschuss stimmte der Beschlussvorlage mit 5 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen zu.

Herr Hüttel meint, bei so einer Vorlage sei es schwierig, seine Meinung zu äußern, weil man automatisch zum Verdachtsfall würde. Er war es nicht, dies könne er definitiv sagen. Er habe das Gefühl, dass alle Stadträte (KVG und die Geschäftsordnung wurden zitiert) hier in Verdacht gerieten. Er sei der Meinung, wenn es eine Straftat oder eine Ordnungswidrigkeit sein sollte, dann möchte der Stadtratsvorsitzende oder der Hauptverwaltungsbeamte, in diesem Fall der Oberbürgermeister, hier Strafanzeige stellen. Er sei nicht bereit, diesem Beschluss hier zuzustimmen. Die Freiheit der Presse sei seit der Wende für ihn eine der größten Errungenschaften in dieser Gesellschaft. Er ist der Meinung, dass man dies hier nicht machen sollte. Wenn es ein Problem damit gebe, sollte das von Amtswegen erfolgen, aber nicht vom Stadtrat aus.

Herr Windolph weist nochmals darauf hin, dass in der Beschlussvorlage die einschlägigen Vorschriften, das Kommunalverfassungsgesetz, genannt worden seien. Darauf seien Sie alle verpflichtet worden, darauf haben Sie alle einen Eid geschworen und den gelte es nun einzuhalten. Wenn Sie den Amtseid nicht einhalten wollen, dann müssen Sie auch die Konsequenzen tragen. Es gehe ihm nicht darum, jemanden einen Vorwurf zu machen, wenn er eine andere Meinung habe. Er sei der Meinung, dass es einzig und allein nur darum gehe, Recht müsse Recht bleiben.

Herrn Kotzur stört an der Vorlage, dass man in den letzten Jahren teilweise die Situation bzw. den Eindruck hatte, man sei im Stadtrat noch in der Debatte aber es sei bereits schon im Netz zu lesen. Dies fände er nicht in Ordnung. An der Vorlage irritiere ihn, dass, wenn es einen Verstoß gegen die angeführten Paragraphen gäbe, dann habe der Hauptverwaltungsbeamte, in diesem Fall der Oberbürgermeister oder der Ratsvorsitzende, von Amtswegen zu reagieren. Es könne nicht sein, dass erst eine Fraktion eine Vorlage einbringen muss, um einen Ratsbeschluss herbeizuführen, damit der Oberbürgermeister beauftragt werde. Er hält das für den falschen Weg. Er sei definitiv dafür, dass man sich an die Regeln halte. Recht und Gesetz sollen eingehalten werden. Wenn ein Prozess abgeschlossen sei, werde man entsprechend darüber informiert. Er werde der Vorlage zustimmen mit dem Hinweis, dass der Hauptverwaltungsbeamte und der Ratsvorsitzende hier von Amtswegen zu reagieren haben.

Herr von Dehn-Rotfelser steht voll und ganz hinter dieser Vorlage. Er widerspricht den

Ausführungen von Herrn Hüttel. Es gehe nicht um Pressefreiheit. Die Pressefreiheit werde hier nicht berührt. Es gehe darum, dass eine Verletzung einer Vertrauenserklärung vor dem Stadtrat erfolgt sei. Wenn es personifiziert werden solle, sei unser Ansprechpartner der Ratsvorsitzende. Er sei derjenige, dem man gegenüber die Verschwiegenheit erklärt habe und es sei nicht der Oberbürgermeister, der uns dieses abgenommen habe. Hier gehe es um Schutz verschiedener Maßnahmen oder Dinge, die uns nun schon auf die Füße gefallen seien. Das Gericht habe die Mitteilung bereits gelesen und dazu eine entsprechende Stellungnahme von der Verwaltung abgefordert. Er sieht durch diese Indiskretion, dass das Vertrauen innerhalb des Stadtrates leider verloren gehe. Wenn man interne Abstimmungen mit verschiedenen Stadträten oder Fraktionen untereinander durchführe, müsse man sich überlegen, ob es morgen in der Zeitung stehe oder man es in den sozialen Netzwerken lese. Dies enttäusche ihn am meisten. Er trete immer dafür ein, dass man zusammenarbeite und sich gemeinsam abstimme. Er beantragt eine namentliche Abstimmung.

Herr Strauß sagt, Pressefreiheit sei ein hohes Gut, das stehe außer Frage und es sei auch sehr gut, dass dies inzwischen auch nach 1989 alle zu schätzen wissen. Pressefreiheit heiÙe konkret und ganz explizit, dass die Presse im Wesentlichen mit Ausnahmen alles drucken kann, wovon sie erfahre. Dies sei in Ordnung und greife man auch nicht an. Pressefreiheit bedeutet aber eben auch nicht für Herrn Hüttel oder für ihn selbst oder für jeden anderen Stadtrat, dass sie der Presse alles sagen dürfen. Dies sei das grundlegende Fehlverständnis, was vielleicht zu solchen Auswüchsen führe. Die Pressefreiheit bleibe gewahrt, aber es sei weder eine Verpflichtung noch ein Recht, solche Dinge, die dann Dritten oder uns selbst als Stadt Schaden zufügten, sagen zu dürfen. Er stimme ebenfalls für diese Vorlage. Dahingestellt sei, ob er oder der Stadtratsvorsitzende solch eine Ermächtigung benötigten. Es sei gut, wenn der Stadtrat darüber abstimme. Es sei nicht nur die Ermächtigung oder die Aufforderung, eine Strafanzeige zu stellen, sondern aus seiner Sicht sei es auch eine Erklärung hier im Stadtrat, für uns selbst und auch untereinander, dass man nicht bereit sei, dieses Verhalten zu dulden. Er finde das wichtig und es sei auch besser, wenn ein klares Statement von allen komme. Es sei eine Anzeige gegen Unbekannt. Es werde niemand unter Generalverdacht gestellt oder ähnliches. Er räumt ein, dass man auch gegen diese Vorlage sein könne. Es heiÙe natürlich nicht automatisch, dass man dann derjenige war. Er fände es gut, wenn der Stadtrat in breiter Mehrheit sage, so ein Verhalten sei nicht in Ordnung, das wolle und könne man nicht tolerieren.

Herr Skrypek bittet um die namentliche Abstimmung und verliest die Namensliste:

		J	N	E
Oberbürgermeister	Strauß, Sven	X		
CDU	Klaube, Thomas	X		
	Schachtel, Volker	X		
	Scholz, Holger	X		
	Wedekind, Frank	X		
	Windolph, Reinhard	X		
	Stahlhacke, Regina	X		
	Skrypek, Andreas	X		
BOS/FDP/BV	Rauhut, Monika	X		
	Oster, Harald	X		
	Schultze, Tim	X		
	v. Dehn-Rotfelser, Gerhard	X		

	Wagner, Torsten	X		
DIE LINKE.	Hüttel, Holger			X
	Kotzur, Klaus	X		
	Künzel, Sabine	X		
B.I.S.	Koch, Harald	X		
	Liesong, Gesine	X		
	Peche, Klaus	X		
	Milus, Käthe	X		
SPD / DIE GRÜNEN	Jung, Norbert	X		
	Kemesies, Arndt	X		
	Schmidt, Helmut	X		
AfD	Gehlmann, Andreas			X
	Siefke, Nico			X
	Thunert, Martin			X
	Wunderlich, Andreas			X
Summe		22	0	5

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Strafanzeige wegen Verletzung von Verschwiegenheitspflichten und aller weiteren, in Betracht kommenden Delikte gegen Unbekannt oder in den Fällen, in denen ein Tatverdächtiger bereits ermittelt werden konnte, zu erstatten.

Abstimmung über die Beschlussvorlage

Ja-Stimmen = 22
 Nein-Stimmen = 0
 Stimmenenthaltungen = 5

Beschluss- Nr.: 9-17/21

Damit ist die Beschlussvorlage mehrheitlich bestätigt und wird unter der **Beschluss-Nr. 9-17/21** registriert.

TOP 7 Informationsvorlagen in öffentlicher Sitzung

**TOP 7.1 Bericht der Stadt Sangerhausen über den Stand des Haushaltsvollzugs gemäß § 26 Abs. 1 KomHVO LSA - Stand 31.12.2020
 Vorlage: IV/016/2021**

zur Kenntnis genommen

Herr Skrypek beendet um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Herr Skrypek stellte um 19:19 Uhr die Öffentlichkeit wieder her.

Um 19:20 Uhr beendete der Stadtratsvorsitzende *Herr Skrypek* die Sitzung und bedankt sich für das zahlreiche Erscheinen der Stadträte/-innen.

gez. Madeleine Schneegaß
Protokollführerin

gez. Andreas Skrypek
Vorsitzender